

Im Kapitalismus ist kein Abbau der Arbeitslosigkeit möglich

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung besteht aus klar erkennbaren Regeln. Ihr Einfluss auf das gesamtwirtschaftliche Leben ist von fundamentaler Bedeutung. Diese Regeln gilt es zu erkennen. Nehmen wir die steigende Arbeitslosigkeit zum Anlass, unser Wirtschaftssystem genauer unter die Lupe zu nehmen.

Wer ohne Berücksichtigung der herrschenden Systemzwänge die nachhaltige Reduzierung der Arbeitslosenzahlen leichtfertig verspricht, begeht Betrug an seinen Wählern. Denn ohne Überwindung dieser systembedingten Zwänge gibt es keine Möglichkeit, die Arbeitslosenzahlen nachhaltig zu senken.

Wenn wir erkennen, warum Schröder (und jeder andere letztlich auch) mit seinem Versprechen, die Arbeitslosenzahlen entscheidend zu senken, scheitern muss, dürfen wir die systemimmanenten Wirkungsmechanismen unseres heutigen Wirtschaftssystems nicht unbeachtet lassen. Es gilt, zuerst den Begriff „Kapital“ zu definieren.

Kapital

Die Wirtschaftsform *Kapitalismus* wird eindeutig von dem Begriff *Kapital* bestimmt. Alle wirtschaftlichen Aktivitäten orientieren sich um diesen Begriff. Was also ist Kapital? Kapital kann sicherlich mit dem Begriff „zinsbringendes Gut“ beschrieben werden. Verständlich ist es, wenn man sagt: „Geld, Bargeld, wird im Augenblick des Verleihens zu Kapital.“ Mit anderen Worten, Geldkapital ist verliehenes Geld, das dem Verleiher, dem Gläubiger in der Regel einen Zins einbringt. Zinsen kommen nicht von Banken oder Sparkassen, sondern von den Kreditnehmern, die dafür arbeiten. Die Banken verteilen nur die eingenommenen Zinsen wieder an die Kapitalbesitzer. Diese eigentlich selbstverständliche Aussage müssen wir uns als Grunderkenntnis immer vor Augen halten, denn sie wird oft genug verdrängt.

Neben dem Begriff Geldkapital spricht man von *Sachkapital*. Dazu gehören Häuser, Maschinen und - im weiteren Sinne - auch der Boden. Sachkapital ist vom Geldkapital abgeleitet, nicht nur als Begriff, sondern auch in der Realität des Kapitalismus. Sachkapital muss Zinsen abwerfen, weil sonst Geldkapital z. B. für den Hausbau nicht zur Verfügung steht. Soll Geldkapital durch Investition in Sachkapital umgewandelt werden, muss es beim Schuldner - in der Produktion - den Mindest-Geldkapitalzins erbringen. Das Geld wird rentabel angelegt. Die *Rentabilität* eines Projektes ist für den Investor gegeben, wenn der Kreditnehmer in der Lage ist, den geforderten Zins zu erwirtschaften. Es geht somit im Kapitalismus nur um die Beantwortung der Frage: *Kann das zu verleihende Geld im operativen Bereich den gewünschten Kapitalzins erbringen?* Wenn nicht, unterbleibt die Bereitstellung des Kapitals

Kein vollständiger Ausgleich zwischen Kapital-Angebot und -Nachfrage

Der Grundantrieb allen Wirtschaftens ist die Mangelbeseitigung im Bereich der Waren und Dienstleistungen. Merkwürdigerweise führt aber wirtschaften im Kapitalismus keineswegs zur Beseitigung eines Mangels. Es bleibt stets ein Ungleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot. Warum wird die Beseitigung des Mangels in einer Volkswirtschaft niemals erreicht, auch nicht beim Kapital? Immer dann nämlich, wenn sich das Kapital-Angebot der Kapital-Nachfrage zu nähern beginnt, sich also das System dem Ziel der Mangelbeseitigung nähert, wird die Geldkapitalbereitstellung - aufgrund sinkender Zinsen - verweigert. Nach einiger Zeit - das ist einsehbar - steigt der Kapitalmangel wieder an - und damit die Bereitschaft, höhere Zinsen zu zahlen.

Mit anderen Worten, die Annäherung des Angebotes an die Nachfrage, ist in unserer Wirtschaftsordnung nur bis zur „Liquiditätspräferenzgrenze“, die einem Realzins von ca. 2 bis 3% entspricht, möglich.

Diese „Systemzwänge“ bewirken nun, dass mit zunehmender Hochkonjunktur und abnehmendem Mangel (bei ungestörter Produktion) der Kapitalzins ertrag sich immer rascher der

Im Kapitalismus ist kein Abbau der Arbeitslosigkeit möglich

Liquiditätspräferenzgrenze nähert und das Geldkapital immer heftiger bremsend neue Investitionen verweigert.

Zudem ist zu erkennen, dass bei hoher Produktivität und ungestörtem Wirtschaften, die Hochkonjunkturzeiten immer kürzer, Wirtschaftskrisen dagegen immer länger andauern.

Der Unternehmer kommt durch diese „Systemzwänge“ in mehrfacher Hinsicht in die Klemme. Er gerät in eine Kostenschere, der er zu entkommen sucht. Das schnellste und einfachste Mittel Kosten einzusparen, bietet sich ihm durch Mitarbeiterentlassung. Kein anderer Produktionsfaktor ist leichter und effektiver zu ersetzen als der Mensch Humankapital“ wird also reduziert und durch Geldkapital ersetzt. Die überall erkennbare Zunahme der Roboter, bei Entlassung von Mitarbeitern, beweisen diese Zusammenhänge.

Entlassene Mitarbeiter kaufen weniger

Die Absatzmöglichkeit der laufend zunehmenden Produktion wird jedoch dadurch weiter reduziert, da sich die Kaufkraft der entlassenen Arbeitnehmer reduziert. Arbeitslose erhalten nur einen Teil des letzten Nettoeinkommens und können somit auch nur in reduzierter Form Nachfrage halten. Das gesamtwirtschaftliche Angebot bleibt zunächst hoch, während die Nachfrage sinkt. Dann stellt sich die Produktion auf die gesunkene Nachfrage ein - und wieder werden Mitarbeiter entlassen.

Von diesen eigentlich klar erkennbaren widersprüchlichen Entwicklungen unberührt, *wird von der Gesamtwirtschaft eine jährliche Produktionssteigerung gefordert / Wirtschaftswachstum*

Es geht dabei nicht nur um die vom Staat erwarteten höheren Steuereingänge, nein, auch die exponentiell wachsenden Geldvermögen wollen und müssen verzinst werden.

Sollen bei konstantem oder nur geringfügig ansteigendem Bruttoinlandsprodukt die schneller steigenden Ansprüche des Kapitals befriedigt werden, muss der zu verteilende „Kuchen“ entsprechend größer werden, oder die Arbeitseinkommen müssen zu Gunsten der Kapitaleinkommen reduziert werden.

So wird die Krise durch das Verhalten der Kapitaleigner ausgelöst und bei höheren Zinsen wieder beseitigt. Ganz klar und logisch:

Das System Kapitalismus erzwingt aus Zinsertragsgründen steigende Arbeitslosigkeit.

Die Klagen der Regierung oder der Gewerkschaften über mangelhafte Investitionsbereitschaft der Unternehmer und ihre Forderung nach neuen Arbeitsplätzen, gehen an dieser Erkenntnis völlig vorbei. Die Schaffung von Arbeitsplätzen über ABM wird so lange sinnlos bleiben, wie das Wirtschaftssystem „Kapitalismus“ und seine geschilderten Wirkungsmechanismen fortbestehen. Jede durch ABM geschaffene Arbeitsstelle wird durch Wegrationalisierung anderer Arbeitsplätze automatisch wieder eliminiert. Hier läuft ein Regelungsvorgang automatisch immer wieder in einen nicht-stabilen, stationären Zustand ein.

Bedenkt man die in unserem System vorhandenen Wirkungsmechanismen, so macht es einfach keinen Sinn, auf mehr Investition und Arbeitsplatzschaffung zu drängen oder gar gewaltsam“ durch ABM-Maßnahmen Arbeitsplätze einzurichten.

Somit stellt sich die Frage: Welche Regierung kann wohl ernsthaft von den Unternehmen erwarten, gegen diese systembedingten Zwänge vermehrt Arbeitnehmer in den Fertigungsprozess einzugliedern?

An den systembedingten Abläufen wird kein noch so gut gemeintes „Bündnis für Arbeit“ etwas ändern. Betrug der Abstand des Bruttoinlandsprodukts zum gesamten Geldvermögen 1970 noch

ca. 338 zu ca. 463 Mrd. EUR, entsprechend einem Verhältnis von 1:1,37, so hat es sich bis zum Jahre 2000 bereits von

Im Kapitalismus ist kein Abbau der Arbeitslosigkeit möglich

ca. 1,75 Billionen EUR Bruttoinlandsprodukt zu über 5 Billionen EUR Gesamtvermögen, entsprechend einem Verhältnis von ca. 1:3 verschlechtert.

Den exponentiell durch den Zinseszins wachsendem Geldvermögen steht ein nur linear wachsender Arbeitsertrag gegenüber

Es wird immer schwieriger, die Geldkapitalmassen - zinsbelohnt - in den Wirtschaftskreislauf zurückzuführen. Die Zinsen, heute schon an die 350 Milliarden EUR jährlich (Feb. 2002), sind - eines nicht mehr fernen Tages - einfach von der Wirtschaft nicht mehr aufzubringen. Die Schere zwischen zu verzinsendem Geldvermögen und dem Leistungsumfang eines Wirtschaftsraumes öffnet sich im Laufe der Zeit mehr und mehr und treibt die Zinsabgaben in immer größere Höhen.

Mit anderen Worten: Je größer der Umfang der Geldvermögen (GV) in einer Volkswirtschaft anwächst und je weiter sich die Schere zwischen GV und dem Leistungsumfang, dem BIP, öffnet, umso stärker wird der Druck auf die Unternehmen, den Produktionsausstoß noch mehr zu steigern, um dadurch den Kostendruck zu senken. Und das Ganze bei gleichzeitig sinkender Nachfrage. Damit reduziert sich natürlich die Absatzmöglichkeit erneut. Ein Dilemma, dem Unternehmer zunehmend ausgesetzt wird. Wohin das führen muss, zeigen die jährlich steigenden Insolvenzzahlen. Die Arbeitslosenzahlen werden hingegen keinesfalls abnehmen, sondern systembedingt weiter ansteigen. Das Sozialsystem wird bei einer solchen Entwicklung bald nicht mehr funktionieren. Denn die Kosten der Arbeitslosigkeit kommen in verstärktem Umfang auf die Steuerzahler zu.

Und nun steht der Kanzler vor seinem Volke - mit süßsaurem Gesicht - und betont unschuldig, er habe die weltwirtschaftliche Entwicklung nicht voraussehen können.

Die Regierung hat es versäumt, die Wirkungsmechanismen des Wirtschaftssystems zu studieren und mit entsprechenden Reformen der Geldordnung (Umlaufgesicherte Indexwährung), der unsinnigen Entwicklung exponentiell wachsender Geldvermögen und Schulden ein Ende zu setzen.

Was ist zu fordern?

In einer, für alle Zeiten funktionsfähigen Wirtschaft, muss auch das Geldkapital vollständig den Marktgesetzen von Angebot und Nachfrage unterworfen werden. Geldkapital darf sich nicht an der Liquiditätspräferenzgrenze (real 2 - 3%) verlustlos aus dem Angebotskreis zurückziehen können. Im Gegenteil, es muss möglich werden, dass sich der „Preis für Leihkapital“, der Kapitalzins - bei reichlichem Angebot - bis gegen null Prozent absenken kann.

Nur dann wird eine natürliche Begrenzung des heute unnatürlichen Geldvermögenswachstums erreicht. Erst mit der Umwandlung von Kapitalismus in „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ wird es möglich werden, Arbeitslosenzahlen nachhaltig und radikal zu senken und die heutige, systembedingte Arbeitslosigkeit zu überwinden.